

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 274.

Dresden, Freitag den 26. November 1909.

20. Jahrg.

Rüstet zur Stadtverordneten-Wahl!

Heraus mit der Reichserbschaftsteuer!

Der große Steuerkampf im Deutschen Reiche ist mit dem zweifelhaften Siege des schwarz-blauen Schnapsblods ganz gewiß nicht am Ende. Vielmehr werden die Vermehrung der volkreichenden Steuern und die Wiederherstellung der Reichserbschaftsteuer erst recht eine unabsehbare Periode gewaltiger Kämpfe im Reichssteuerwesen einleiten. Wenn kein anderer, so wird die Sozialdemokratie dafür Sorge tragen, daß die Steuerfrage nicht im geringsten von der politischen Tagesordnung zurückbleibe. Die herrschenden Parteien dürfen nicht erwarten, daß die Erregung des deutschen Volkes über die Steuermisstände allmählich abklingt. Die Frage der direkten Reichsteuern bleibt jeden Tag brennend. Die Sozialdemokratie wird diese Geißel nicht nur über Junkern und Kleinrenten schwingen, sondern auch über die Liberalen, die mit einer überaus geringfügigen Erbschaftsteuer den falschen Schein einer Besitzbeschränkung vorzutäuschen scheitern.

Im übrigen werden die Finanzverhältnisse des Reiches von selbst dazu führen, daß die Steuerfrage ins von größter Aktualität bleibt. Durch die letzte Finanzreform ist die Reichsfinanznot ganz und gar nicht kuriert und insbesondere sind die Schuldenverhältnisse, die der Reichstag im Juli beschlossen hat, völlig ungeeignet, das rapide Weiterwachsen der Reichsschulden zu verhindern. Diese drohende Aussicht ist es, die fordert auch einen Vertreter der sächsischen Regierung auf den Plan rufen und in folgenden bemerkenswerten Ausführungen veranlaßt:

Wenn man die Ausführungen der Zeitungen über den nächsten Reichstag verfolgt, so erweckt sie den Anschein, als ob das Reich um mit einem Schlage aus der jahrhundertlangenen Finanzmisere herauszukommen. Und doch kann hiervon gar keine Rede sein. Denn die Zahl, die ihrer wahren Bedeutung entsprechend lange nicht genug gewürdigt wird, bemißt allein schon, wie weit wir von einer gesunden Finanzgebarung entfernt sind. Und das ist die Vergrößerung der Reichsschulden. Der kommende Reichstag wird zur Vermeidung unserer Reichsruhmeeinrichtungen im nächsten Jahr 182 Millionen Mark fordern, eine enorme und ganz unproduktive Ausgabe. Von nun an muß man weiter berücksichtigen, daß die Schuldzinsen in den nächsten vier Jahren höher um eine halbe Milliarde weiter steigen, die auch verginzelt werden muß. Wir erreichen also im Jahre 1914 einen Aufwands für Zinsen der Reichsschulden von über 200 Millionen. Das entspricht beiläufig einem Anwachsen der Zinslast um eine minimale Tilgung gegenüber, die im nächsten Jahr 28 Millionen betragen wird. Während nämlich die Verzinsung vom laufenden Jahre auf das nächste um 11 Millionen steigt, wächst die Tilgungsquote in derselben Zeit um nur 7 Millionen an. Hier liegt der Kernschaden unserer

Finanzgebarung, und an dieser Stelle müßte eine großzügige Reform einsetzen. Handel, Industrie und Landwirtschaft leiden andauernd unter dem hohen Zinsfuß, der mit dem Anleihebedarf des Reiches so eng zusammenhängt. Und wenn man auch im allgemeinen einer steigenden Konjunktur entgegenfiehet, so bleibt die Sorge um eine weitere Verteuerung des Kredits bestehen.

Und darum müßten diejenigen Kreise, die an einem normalen Geldstande in erster Linie interessiert sind, Landwirtschaft, Industrie und Handel sich selbst zu einer großzügigen Partei- und Finanzpolitik aufraffen und dem Reiche Einnahmen schaffen, die nur der Schuldentilgung dienen. Und hierfür gäbe es keine bessere Einnahmequelle als die Erbschaftsteuer. Eine Erbschaftsteuer allein zur Schuldentilgung des Reiches wäre auch eine große soziale Tat, denn es gibt kein zuverlässigeres Mittel, um neuen Steuern vorzubeugen, als die Zinslast zu vermindern. Dabei muß man sich nämlich darüber klar werden, daß die 200 Millionen, die wir bald jährlich zur Schuldverzinsung gebrauchen, den Erträgen folgender Steuerquellen der letzten Finanzreform entsprechen: Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Kaffee- und Teezollerhöhung, Zündwaren- und Leuchtmittelsteuer. Die Erträge aller dieser Konsumsteuern, die sozial Mitleidung verursachen, sind also erforderlich nur für die unproduktive Ausgabe der Schuldverzinsung. Würde also das Reich seine Schulden los, so wäre selbst bei weiterem Steigen des Reichsbedarfs für unvermeidliche Ausgaben das Gespenst neuer Steuern und damit neuer Verunruhigungen in weiter Ferne. Eine Erbschaftsteuer, die selbst der Landwirtschaft annehmbar wäre, könnte einen Ertrag von 75 Millionen bringen. Und dieser Ertrag, zusammen mit der geschätzten Tilgungsquote, würde unsere Anleihen um jährlich 110 bis 120 Millionen vermindern, wodurch der Zinsbedarf um etwa fünf Millionen alle Jahre zurückginge. Der deutsche Kapitalmarkt würde aber diese Erleichterung sehr bald empfinden. Wie die politische Situation nun einmal ist, kann die Anregung zu einer Erbschaftsteuer naturgemäß nur von den Parteien ausgehen. Und es wäre zweifellos ein Zeichen eines großen politischen Willens, wenn gerade diejenigen Parteien sich zu dieser Finanzreform entschließen, die man mit Recht oder Unrecht für die allgemeine Mitleidung als Folge der Reichsfinanzreform verantwortlich macht.

In diesen Ausführungen ist ohne Zweifel Nichtiges und Beachtenswertes. Aber es muß nicht vergessen werden, daß die sächsischen Regierungen ihr gerüttelt Maß Schuld an der unheilvollen Entwicklung des Reichsfinanzwesens tragen. Die Sozialdemokratie hat seit vielen Jahren die tolle Schuldentilgung, die so schwere Zinslast den Steuerzahlern auferlegt, gerandamarkt. Aber die Regierungen sind in halber Gemeinschaft mit den herrschenden Reichstagsparteien immer weiter auf diesen verderblichen Wege geschritten. Die Regierungen haben auch der letzten Konserwartungs-Vertrag zugestimmt, anstatt den Reichstag auszulösen und das Volk über die Regelung der Reichsfinanzen zu befragen. Sonst aber ist es wohl ein erwidertes

Wort, den der sächsischen Regierungsvorsteher ausdrückt, daß die Reichserbschaftsteuer alsbald wieder erscheinen soll, um mit ihren Erträgen wenigstens dem allzu schnellen Steigen der Schuldenlast des Reiches einigen Einhalt zu gebieten.

Der ungenannte sächsischen Regierungsvorsteher jagt gerade die Parteien des Reichstags, die bisher die Erbschaftsteuer zu Fall brachten, möchten politischen Weltbild beweisen und jetzt seiner Anregung folgen. Da hat er sich natürlich gänzlich verrechnet. Herr Dertel gibt ihm in der Deutschen Tageszeitung bereits die agrarisch-konserverne Antwort: „Solche Vorschläge gehören zu denen, vor denen sich ernsthafte Politiker unter allen Umständen hüten sollten, auch dann, wenn sie auf den Weisheit der Urteilslosen rechnen könnten.“

Man erkennt an diesen Worten den Verdruss der Agrarier, die mit Schreden erkennen müssen, daß der Hydra Erbschaftsteuer, der sie den Kopf abgeschlagen zu haben wählten, immer neue Köpfe nachwachsen.

Ob denn die verbündeten Regierungen selbst die Anregung des sächsischen Kollegen beachten werden? Auch dies erscheint äußerst unwahrscheinlich, da die preussische Regierung lieber das Reich in Schulden vergehen läßt, als daß sie sich mit ihren Junkern erzürnen will.

Nun denn — die Sozialdemokratie wird auf dem Platze sein. Sie wird angesichts des andauernden Reichsfinanzelends und der wachsenden Reichsschulden den Ruf durch das Land ergehen lassen: Heraus mit einer tüchtigen Reichserbschaftsteuer!

Ein Trunkuchtsgeiz.

Nach dem geltenden Recht — § 361 Nr. 5 Str.-G.-B. — wird mit Haft und daneben mit Ueberweisung an die Landespolizeibehörde — das heißt Einweisung in ein Arbeitshaus — bestraft, wer sich dem Trünke dergestalt hingibt, daß er in einen Zustand gerät, in dem zu seinem oder der von ihm zu ernährenden Personen Unterhalt durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Mit anderen Worten: Die Trunkucht kann bestraft werden, wenn durch sie der Armenbehörde Kosten oder Scherereien entstehen. Daß diese Art der Trunkuchtsbekämpfung auch nur den allergeringsten Erfolg erzielt hätte, ist noch von niemand behauptet worden, der mit den Verhältnissen vertraut ist. Ist die Heilung Trunkuchter in einer gut geleiteten Trinkerheilanstalt schon eine sehr schwierige Sache, so ist eine Heilung oder eine Besserung in einem Arbeitshause schon deshalb unmöglich, weil eine sachverständige Behandlung des Kranken

meist, und gar mancher Offizier nur am Ende der bedeutendsten Arbeit keines Studiums erkennen, daß er sie trotz der Prüfungs-erfolge umsonst getan, daß er alle damit verbundenen Aufregungen umsonst erlitten hat, und daß ihm nun nichts bleibt, als gute Miene aus dem Spott der Frontoffiziere zu machen, über die er sich durch seine Arbeit erheben wollte. Trotz guter Prüfung muß er nicht dem Generalstab zugewiesen werden, und zieht er dieses Los, dann muß er wieder einfachen Frontdienst machen. Diese oft aus unsachlichen Motiven, trotz bestem Erfolge zurückgesetzten Prüflinge sind natürlich in heller Verzweiflung und voll Verbitterung. Einige wenige von ihnen haben ja noch die Hoffnung im Rat zum Generalstabsdienst berufen zu werden, die meisten aber müssen, von den Frontkameraden mißgünstig betrachtet und bekränzt, mit dem Truppendienst vertrieben werden. Daß sich unter Offizieren, die folchem Schicksal verfallen — und in diesem Jahrgang sind es 80 — große Unzufriedenheit einmisset, ist begreiflich. Freilich ist davon bis zu einer solchen Ausmaß noch ein weiterer Weg zurückzulegen, den nur eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen durchbrechen könnte.

Auf diese Art fällt der unmittelbare Verdacht, und diese Art muß sich auf Befehl der obersten Militärbehörde einer peinlich genauen Durchleuchtung unterziehen lassen. Ihr militärisches und Privatleben wird durchsucht nach allen Richtungen, um auf diese Art Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, ob einer von ihnen und wer der Vollbringer dieser furchtbaren Tat ist. Eine aufregende und an peinlichen Momenten reiche kriminelle Arbeit, die aber geleistet werden muß.

Daneben dürfen andere Möglichkeiten nicht außer Auge gelassen werden. So vieles auch dafür spricht, daß nur einer, dem durch den Tod der Vordermänner Augen erwachsen konnte, der Täter war, so ist es dennoch auch möglich, daß ein Paar aus dieser grameshaften Idee verfallen ist, und wenigstens nicht ganz auszufrieden ist die Möglichkeit, daß ein Weib die Hand im Spiele hat, ein Weib, die Frau, die Schwester, die Geliebte eines der achtzig Zurückgesetzten, die den in der stillen Kammer auslebenden Schmerz ihres geliebten Mannes oder Bruders mitempfindet und nicht anders überwinden kann, als teuflische Rache an denen zu nehmen, die nach der Meinung des Zurückgesetzten unwürdig ihre Stellen einnehmen. Das können auch Rangkameraden, also Oberleutnants sein.

So bietet diese Kriminalaffäre, die über Wien hinaus ganz Oesterreich in atemloser Spannung hält, dem Scharfsinn der Kriminalisten harte Arbeit, und sie leuchtet zugleich mit grell brennender Fackel in die ungeheuren Verhältnisse beim österreichischen Generalstab hinein.

Die Giftmordanschläge auf österreichische Generalstabsoffiziere.

Wien, 24. November.

W. Seit einigen Tagen ist die gesamte österreichische Offizierswelt durch eine Kriminalaffäre in Spannung gehalten, die an die unheimlich tödlichen Anschläge einer längst verschwundenen Zeit erinnert. Wie bereits berichtet, verstarb am Abend des 17. November der Wiener Generalstabsoffizier Richard Wader in seiner Wohnung eines plötzlichen Todes. Man glaubte anfangs, ein Verzeihung habe das Leben des jungen Offiziers, der im Anfang der Zwanziger stand, so rasch beendet. Erst die von dem vorgelegten Militärkommando angeordnete und bei plötzlichen Todesfällen vom Chef vorgeschriebene sanitätspolizeiliche Obduktion der Leiche entthüllte das gramesvolle Geheimnis dieses plötzlichen Sterbens. Man fand bei der Obduktion unumwandelbare Beweise dafür, daß Hauptmann Wader durch Gift getötet worden war. Das war zwei Tage nach dem plötzlichen Tode. Nun setzte man sich in Bewegung. Die schwerfällige Militärgerichtsbarkeit, die auch nicht über den modernen Apparat polizeilicher Untersuchungsarbeit verfügt, wendete sich sofort an die Wiener Sicherheitsbehörde um Hilfe, und von diesem Momente an ist ein ganzes Heer von Berufs- und Privatpolizisten auf den Beinen, um Material herbeizuschaffen, das helfen soll, das Geheimnis dieses Sterbens zu enthüllen. Eins kam gleich zutage. Wader hatte das Gift nicht in selbstmörderischer Absicht genommen, sondern er ist das Opfer eines tödlich vorbereiteten und tödlich durchgeführten Anschlag geworden, der nicht nur ihm allein, sondern neben ihm noch, soweit bis jetzt festgestellt ist, sieben anderen Generalstabsoffizieren desselben Jahrgangs galt. Alle diese Offiziere bekamen mit der Post vom 16. oder 17. November in ihre Wohnungen oder in ihre Büros ein heimlich eingeschaltete Briefe zugestellt, in denen jedem ein kleines braunes Kartonschächtelchen lag, das in rotem Seidenpapier eingewickelt war. In dem Schächtelchen befanden sich zwei Oblaten. Diese Sendung hatte einen Begleitbrief, in dem die Offiziere als sicher, von ärztlichen Kapazitäten gefundenes Mittel gegen männliche Schwäche empfohlen wurden, und eine Gebrauchsanweisung hinzugefügt war. Am Schluß hieß es: „Wirkung bemerkenswert. Willen bald in Gebrauch nehmen, da ihr Inhalt an der Luft leicht verdirbt.“ Die Unterschrift lautete Charles Francis. Unwissentlich hatte Wader, während er dabei am Schreibtisch liegend einen Brief schrieb, noch am Abend desselben Tages, da er

die Pillen empfangen hatte, diese Konsumiert, und im nächsten Moment freilich zu spät gewahr zu werden, daß die verlockendste Anpreisung eine furchtbare, grauenerregende, grausame Wahrheit enthielt. Die Wirkung war tödlich verhängend. Er konnte noch von seinem Schreibtisch, von furchtbaren Schmerzen gequält, in das Wohnzimmer seiner Wohnung kranken, aber dort stürzte er zusammen, und als wenige Minuten später der Offiziersbesuch, den er am Abendessen fortgeschickt hatte, den Vorraum der Wohnung wieder betrat, fand er den Offizier schon rasselnd auf dem Boden liegend auf. Ehe noch Hilfe zur Stelle war, verschied der Offizier. Der Rettungsarzt fand ihn bereits tot, aber ohne irgendwelche äußere Anzeichen der Vergiftung. Solche wurden auch nicht bei der Leichenbeschau entdeckt, und erst, wie erzählt, die Obduktion brachte die Wahrnehmung und Gewißheit zugleich, daß er an Gift gestorben war. Die ersten Untersuchungen schon förderten auch die geheimnisvollen Sendungen zutage. Andere Generalstabsoffiziere melbten sich, die die gleichen Briefe erhalten hatten; die Pillen wurden untersucht, und der Inhalt aller war das furchtbare Gift Spanantol in absolut tödlich wirkender Menge. Nun stand und stehen heute noch die Behörden — Zivil- und Militärbehörden haben sich zu gemeinsamer Untersuchung vereinigt — vor einem großen Rätsel, vor dem Rästel, wer diesen Anschlag verübt hat. Die erste Hauptfrage, die sich Kriminalisten in solchen Fällen vorlegen müssen, ist immer die, nach dem Beweggrund einer Tat. Wem nützt es, daß acht Offiziere dahinstirben. Die Antwort darauf wird und wird heute noch gebieterisch darauf hin, daß der Tod von Vordermännern nur dahintergereichten Offizieren nützen kann. So war denn der Untersuchung von Haus aus eine bestimmte Hauptrichtung gegeben, die noch durch einige Umstände verstärkt wurde. Die acht Offiziere, die mit den Giftbriefen bedacht wurden, sind nicht nur Präzedenzanten desselben Jahrganges der Kriegsschule, sechs von ihnen zählen auch zu den Glücklichsten, die nach den schwierigen Prüfungen mit Rangserhöhungen bedacht wurden. Sechs abanzugierten am 1. November von Oberleutnant zu Hauptleuten, die anderen beiden sind allerdings nicht diesen Glücklichsten beizuzählen. Wir sprechen von Glücklichsten. Das Streben, in den Generalstab aufgenommen zu werden, ist, wahrscheinlich nicht nur in Oesterreich, eine Sache, welche die Leidenschaft ehrgieriger Naturen beim Militär mächtig ansteuert, und wenn es an moralischen Hemmungen gebricht, unter Umständen die höchsten Ansätze des Kampfes ums Dasein erwecken kann. Insbesondere seit etwa zwei Jahren, seitdem der neue Chef des Generalstabs, Feldzeugmeister v. Conrad, die Herrschaft führt, gibt es für die Auslese der Aufzunehmenden gar keine gesicherten Maßstäbe

Die Dresdner Volkszeitung ist ein Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sie enthält alle Nachrichten, die für das Volk von Interesse sind. Die Redaktion ist in Dresden, Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Die Expedition ist in Dresden, Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Die Geschäftszeit ist von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Die Abonnementpreise sind mit der Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. In der Expedition sind alle Anzeigen zu nehmen. Die Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.